



Afghanische Mädchen lernen in einer Schule in Kabul, eine Aufnahme aus dem Jahr 2006. PAULA BRONSTEIN / GETTY

# Nicht der Westen, der Islam ist gescheitert

*Der westliche Abzug aus Afghanistan wird hämisch kommentiert. Für «Islam-Versteher» ist jedes Bemühen, Muslime an Freiheit teilhaben zu lassen, ein kultureller Übergriff. Gastkommentar von Samuel Schirmbeck*

In Bezug auf Afghanistan ist derzeit allerorten vom «Scheitern des Westens» zu hören, vom Scheitern des Islam jedoch so gut wie nie. Der Westen hatte jedoch nie vor, Afghanistan zu «verwestlichen». Insofern ist er mit seinen Werten dort auch nicht gescheitert. Er hat lediglich versucht, militärisch eine Brandmauer zwischen dem friedlich-toleranten und dem kriegerisch-jihadistischen Islam zu errichten. Denn diese Brandmauer fehlt in der islamischen Theologie bis heute.

Darauf verweist die muslimische Aufklärung besonders hartnäckig seit 9/11: «Der friedlich-tole-

rante Islam ist als Wunschvorstellung der meisten Muslime verständlich, allein ihm fehlt die theologische Stütze», erklärte 2002 der Algerier Soheib Bencheikh, damals Grossmufti der 46 muslimischen Gemeinden von Marseille. 2003 schrieb der tunesisch-stämmige Islamwissenschaftler Abdelwahab Meddeb: «Wenn der Fanatismus die Krankheit des Katholizismus und der Nazismus die deutsche Krankheit darstellen, dann ist im Fundamentalismus zweifellos die islamische Krankheit zu sehen.» Leider ohne Wirkung auf das nach wie vor weit verbreitete «Das hat alles nichts mit dem Islam

zu tun»-Denken in der westlichen Politik und unter westlichen Intellektuellen.

## Dreissig kleine Kameras

Da er diese Missachtung der muslimischen Aufklärung für verantwortungslos und gefährlich hielt, richtete der Präsident der grössten Muslimvereinigung Indonesiens, des bevölkerungsreichsten muslimischen Landes der Welt, Yahia Cholil Staquf, 2017 einen warnenden Appell an den Westen: «Es gibt einen ganz klaren Zusammenhang zwischen Fundamentalismus, Terror und den Grundannahmen der islamischen Theologie ... Der Westen muss aufhören, das Nachdenken über diese Fragen für islamophob zu erklären.»

Als ich 2002 in Kabul eintraf, hatte ich gerade zehn Jahre als Korrespondent in Algerien verbracht und dort erlebt, wie das algerische Militär zwar den gewalttätigen Untergrundislamismus bekämpft hatte, nach einem halben Sieg aber die eigene Bevölkerung in ihrem Bestreben nach demokratischen Freiheiten unterdrückte. In Kabul dagegen arbeitete das internationale Militär der Isaf genau am Gegenteil, den Menschen die Freiheit zu ermöglichen.

«Ihr Deutschen dürft nie wieder weggehen», hiess es bei persönlichen Begegnungen. Frauen legten die Burka ab, Mädchen strömten in die Schulen («Ich will Ärztin werden, ich Pilotin, ich Ingenieurin, ich Dichterin»). Die einst verbotene Musik ertönte aus den Kassettenläden, Kinos begannen wieder Filme abzuspielen, Karikaturisten nahmen so gleich die korrupte neue Regierung aufs Korn.

Der französische Sender FR 3 hatte damals afghanischen Journalistinnen dreissig kleine Kameras geschenkt. Sie zogen damit in die Dörfer, interviewten – von Frau zu Frau – Landfrauen, die niemals zuvor jemand nach ihren Problemen gefragt hatte. Einfachste Frauen schätzten sich glücklich, Schwerstarbeit bei der Strassenreparatur leisten zu dürfen, für vier Dollar am Tag, weil der Mann im Bürgerkrieg arbeitsunfähig geschossen worden war, glücklich, die vier Töchter jeden Tag aus der elenden Behausung in eine Schule gehen zu sehen. Diese Musliminnen und Muslime sahen sich nicht als Vertreterinnen «westlicher Werte», sondern als Subjekte eines eigenen muslimischen Lebensentwurfs.

## Land ohne Menschenrechte

Sie empfanden sich dabei weder als «islamophob» noch als «überheblich». Denn auch von der «Überheblichkeit» des Westens, seine Werte muslimischen Ländern überstülpen zu wollen, ist derzeit die Rede. Schon in den zehn Jahren Algerien aber hatte ich erlebt, wie sehr auch Musliminnen und Muslime, mit dem Tod bedroht von den Islamisten, kujoniert vom Militär, diese Rechte durchsetzen wollen.

Waren diese muslimischen Frauen und Männer überheblich? War ein Mohamed Boudiaf überheblich, als er 1954 den algerischen Befreiungskrieg gegen die damalige militärische Weltmacht Frankreich organisierte? Boudiaf, der antikoloniale Muslim, forderte nach der Vertreibung der

Diese Musliminnen sahen sich nicht als Vertreterinnen «westlicher Werte», sondern als Subjekte eines eigenen muslimischen Lebensentwurfs.

Kolonialmacht eine algerische Verfassung mit Gewaltenteilung, Religionsfreiheit, Gewissensfreiheit, Meinungsfreiheit, politischem und kulturellem Pluralismus, Kontrolle von Polizei, Militär und Geheimdienst – kurz: einen Staat auf Grundlage der («westlichen») Menschenrechte. Und dies, obwohl Frankreich, das Herkunftsland der Menschenrechte, genau diese Rechte oft barbarisch verraten hatte. Der Muslim Mohamed Boudiaf wusste genau, wie es in einem Land ohne Menschenrechte zugehen würde. Ben Bella machte dem Rechtsstaatsprojekt Boudiafs dann tatsächlich den Garaus.

## Der Geist von Franz

Mit dem Sieg der Taliban hat die Entfaltung eines friedlich-toleranten Islam in Afghanistan ein Ende gefunden. Was aufgeklärt denkenden Menschen und zumal Frauen unter ihrer Herrschaft bevorsteht, weiss niemand. Die Vergangenheit verheisst nichts Gutes. Es sieht nach einem Scheitern aus: nicht des Westens, sondern des Islam.

Die erste Afghanin, der ich in Kabul begegnete, bat mich mit junger Stimme aus ihrer Burka heraus, auf meinem Handy eine Nummer zu wählen – Handys waren damals rar –, und reichte mir die Nummer auf einem Stück Papier unter dem Saum ihrer Verhüllung durch. Ich wählte sie und sah als Adressaten geschrieben «Franz». Dann telefonierte die junge Frau mit ihm. Franz ist nun fort, aber die frauen- und freiheitsfreundlichen Ideen, die Franz wieder zu beleben geholfen hat – es gab sie sogar schon einmal im früheren Königreich Afghanistan –, werden den neuen Herren in Kabul noch zu schaffen machen.

**Samuel Schirmbeck** ist Autor und Filmemacher. Er arbeitete als Redaktor bei der französischen Nachrichtenagentur AFP in Paris. 1991 baute er als erster westlicher permanenter Fernsehkorrespondent in Algerien das ARD-Fernsehsstudio Algier auf und berichtete zehn Jahre lang über den algerischen Bürgerkrieg und die Entwicklungen in Marokko und Tunesien.

Welches Inflationsziel soll eine Zentralbank verfolgen? Diese Frage hat an Brisanz gewonnen. Je nach politischem Auftrag streben die führenden Währungshüter Preisstabilität und eine stabile konjunkturelle Entwicklung an. Die offene Frage ist, was man in diesem Kontext unter Preisstabilität verstehen soll. Bisher wurde diese bei EZB und Fed als Punktziel von (nahe) 2 Prozent definiert. Neu soll dieses Ziel auch überschritten werden können, damit die Inflation im Durchschnitt höher und näher bei diesem Ziel liegt.

Warum aber peilen viele Zentralbanken eine höhere Inflation an? Einerseits hat sich der Spielraum der Zentralbank, die Wirtschaft in einer Rezession anzukurbeln, aufgrund der gefallen Realzinsen reduziert und damit die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass die Nominalzinsen bei tiefer Inflation ihre Untergrenze erreichen. Ökonomen wie Olivier Blanchard forderten daher schon 2010, die Richtgrösse für die Inflation auf beispielsweise 4 Prozent zu erhöhen. Allerdings wäre das nicht kostenlos. Je höher die Inflation liegt, desto höher liegt auch die variable unerwartete Inflation, was zu Preisverzerrungen und Umverteilungen führt.

Andererseits haben EZB und Fed das einfache Punktziel regelmässig nach unten verfehlt. Entsprechend sind die Inflationserwartungen unter die jeweiligen Zielgrössen gefallen. Darauf beruht die Idee des symmetrischen Ziels, das die amerikanischen Notenbank Fed und in abgeschwächter Form auch die EZB verfolgt. Beträgt die Inflation während z. B. zweier Jahre nur 1 statt 2 Prozent, muss die Inflation in Zukunft 3 Prozent erreichen, damit das Durchschnittsziel von 2 Prozent erreicht wird. Im Wissen darum, dass Inflationsraten unter der Zielgrösse mit höherer Inflation «kompensiert» werden, würden auch die Inflationserwartungen wieder ansteigen – und als sich selbst erfüllende Prophezeiung auch die Inflation selber.

Dieser symmetrische Vorschlag hat mindestens zwei Probleme. Erstens: Zentralbanken sind zwar

# Dank Wechselkurs muss die Nationalbank keine höhere Inflation anstreben

*Wenn die Schweizerische Nationalbank mit gutem Grund an ihrer Geldpolitik festhält, wird der Franken erstarken. Wir werden also mit einem nominellen Aufwertungstrend leben müssen. Gastkommentar von Reto Föllmi*

mächtig, aber nicht übermächtig. Zu viele in- und ausländische Faktoren wirken auf eine Volkswirtschaft, als dass Zentralbanken die Inflation punktgenau steuern können. Schon die Orientierungsgrösse von 2 Prozent Inflation wurde kaum erreicht und hat sich auch nicht in den Erwartungen der Wirtschaftsteilnehmer niedergeschlagen.

Zweitens, und weit schlimmer, ist unklar, ob ein symmetrisches Ziel die Wohlfahrt steigert. Das symmetrische Inflationsziel mutet den Individuen und Firmen Kosten von volatiler Inflation zu. Der mögliche Nutzen eines grösseren Spielraums in der Stabilisierungspolitik ist auf der anderen Seite schwie-

rig zu beziffern. Zentralbanken kommen mit dem existierenden Spielraum dabei gar nicht so schlecht zurecht, ihnen stehen jenseits der Zinssatzpolitik noch andere Instrumente wie Quantitative Easing zur Verfügung. Und dank Fiskalpolitik und Sozialversicherung gibt es noch ein anderes gewichtiges Stabilisierungsinstrument. Stabilisierungspolitik muss in einer unsicheren Welt Sicherheit schaffen. Diese Funktion kann sie aber nur wahrnehmen, wenn sie glaubwürdig ist. Ein elementarer Anspruch an Glaubwürdigkeit besteht darin, dass die Ziele erreichbar sind und, noch wichtiger, dass sie optimal für die Wohlfahrt sind. Verantwortliche von Zen-

tralbanken haben eigentlich kein Interesse daran, der Bevölkerung eine bewusst suboptimale Politik zuzumuten – und genau das wissen Konsumenten und Firmen auch. Eine wohlfahrtsschädliche Geldpolitik kann ex ante nie glaubwürdig sein. Es ist zu bezweifeln, dass symmetrische Inflationsziele wohlfahrtsoptimal sind, und entsprechend steht auch ihre Glaubwürdigkeit infrage. Den Notenbanken der Industrieländer ist es gelungen, die Inflation in den letzten 30 Jahren stark zu reduzieren. Dies liess sie ein hohes Vertrauenskapital aufbauen, was es ihnen jetzt ermöglicht, eine erfolgreiche Stabilisierungspolitik zu verfolgen. Dieses Vertrauen fast mutwillig auszunutzen, würde den wirtschaftspolitischen Spielraum ohne Not stark einschränken.

Wie soll sich die Nationalbank positionieren? Die höheren Inflationsziele der anderen Zentralbanken fordern die geldpolitische Strategie natürlich heraus. Über die geäusserten Vorbehalte hinaus spricht aber noch ein weiteres Argument gegen ähnliche Anpassungen. Die Schweiz als kleine offene Volkswirtschaft hat den Vorteil, dass die Geldpolitik ihre Ziele grundsätzlich auch über den Wechselkurs erreichen kann. Eine Abwertung stimuliert die Volkswirtschaft und erhöht die Teuerung, falls das nötig wäre. Das erhält den geldpolitischen Spielraum auch bei sehr tiefen Zinsen.

Wenn die SNB mit gutem Grund an ihrer bisherigen Politik festhält, wird der Franken als Hort der Stabilität allerdings erst recht erstarken. Immerhin ist für die Wirtschaft der Teil der Aufwertung, die auf Inflationsunterschiede zurückgeht, problemlos. Wir werden mit einem entsprechenden nominellen Aufwertungstrend als Folge leben müssen. Die ausgebaute Glaubwürdigkeit wird die SNB in der nächsten Krise dafür gut nutzen können.

**Reto Föllmi** ist Professor am Schweizerischen Institut für Aussenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung der Universität St. Gallen.